

Arbeitskämpfe:	
Haustarife sorgen für Konflikte	2
Finanzmarkt: Fehlanreize für Ratingagenturen	3
Bildung: Arbeiterkinder an der Uni – Hürdenlauf zum Akademiker	4
Mitbestimmung: Vertretung auf zwei Ebenen	6
Weltwirtschaft:	
Sparrzwang im Ausland gefährdet Export	7
TrendTableau	8

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Jobs mit schlechter Perspektive

Wer sich auf Leiharbeit oder eine befristete Beschäftigung einlässt, hofft oft darauf, anschließend in Vollzeit fest angestellt zu werden. Dies gelingt jedoch nur selten.

Sind befristete Stellen, Leiharbeit oder Minijobs ein Sprungbrett in einen unbefristeten Vollzeit-Job? Im Auftrag des WSI befragte TNS Infratest Sozialforschung im Frühjahr 2008 repräsentativ rund 2.500 Personen, die innerhalb des vergangenen Jahres ein Arbeitsverhältnis beendet hatten. So ließ sich ermitteln, ob und wie Arbeitnehmer ein neues Beschäftigungsverhältnis zu welchen Arbeitsbedingungen fanden.* Die Analyse der Antworten zeigt: Wer zuvor in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt war, findet überwiegend wieder eines. Die Chancen für zuvor atypisch Beschäftigte stehen dagegen deutlich schlechter. Allerdings unterscheiden sie sich je nach Beschäftigungsform:

Befristete Beschäftigung. Nach Erhebungen des Mikrozensus möchten knapp 97 Prozent der Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag einen dauerhaften Job aufnehmen. Die aktuelle Studie zeigt aber, dass dies nur gut ein Viertel derer, die wieder erwerbstätig werden, tatsächlich schafft. Die Aussichten eines vormals befristet Beschäftigten, einen unbefristeten Vertrag zu unterschreiben, sind um mehr als 40 Prozent niedriger als bei Kollegen, die bereits aus einem Arbeitsvertrag ohne Befristung kommen.

Leiharbeit. Ein Drittel der ehemaligen Leiharbeiternehmer, die einen neuen Job finden, nimmt ein Normalarbeitsverhältnis auf. Doch viele haben oft wieder nur einen Job in der Zeitarbeit – ihre Übergangsrate in Leiharbeit ist doppelt so hoch wie die derjenigen, die zuvor ohne Befristung in einem Vollzeit-Job beschäftigt waren.

Für andere atypische Arbeitsverhältnisse gilt: Nicht alle können oder wollen unbedingt mehr arbeiten. Auch deshalb wechseln nur wenige in ein Normalarbeitsverhältnis.

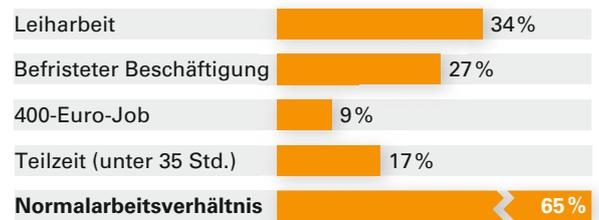
Geringfügige Beschäftigung. Lediglich 9 Prozent der 400-Euro-Jobber, die wieder einen Arbeitsplatz bekommen, erhalten eine unbefristete Vollzeit-Stelle. Zum Beispiel Rentner oder Studenten dürften nicht an der Aufnahme einer Vollzeittätigkeit interessiert sein, so die Wissenschaftler.

Teilzeitarbeit. Wer wöchentlich bis zu 35 Stunden arbeitet, wechselt auch nur gelegentlich in ein Normalarbeitsverhältnis; hier liegt der Anteil bei 17 Prozent.

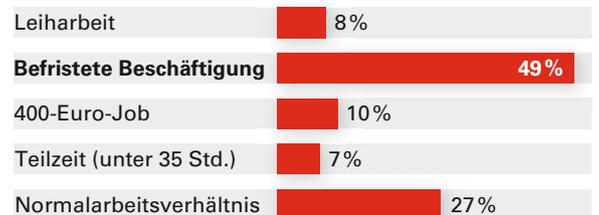
Der Wechsel in einen unbefristeten Vollzeit-Job hängt nicht allein davon ab, aus welchem Beschäftigungsverhältnis

Zugang zu Normalarbeit schwierig

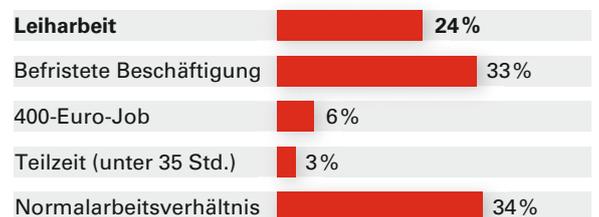
In ein Normalarbeitsverhältnis wechselten aus...



Aus befristeter Beschäftigung wechselten in...



Aus Leiharbeit wechselten in...



Befragung von Personen, die zwischen Dezember 2006 und April 2008 ihren Arbeitsplatz wechselten; Quelle: WSI/TNS Infratest 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

jemand kommt, stellten die Wissenschaftler fest. Auch andere Faktoren spielen eine Rolle. So sinkt die Übergangsrate in ein Normalarbeitsverhältnis mit zunehmendem Alter und steigt mit höherem Qualifikationsniveau. ◀

* Quelle: Miriam Gensicke, Alexander Herzog-Stein, Hartmut Seifert, Nikolai Tschersich: Einmal atypisch – immer atypisch beschäftigt?, in: WSI-Mitteilungen 4/2010

Download unter www.boecklerimpuls.de

Haustarife sorgen für Konflikte

Im vergangenen Jahr haben weniger Beschäftigte gestreikt als 2008. Deutschland ist im internationalen Vergleich weiterhin streikarm. Doch Konflikte um Haustarifverträge eskalieren häufiger als früher.

Etwa 420.000 Beschäftigte haben sich 2009 an Arbeitskämpfen beteiligt. Das sind etwa eine Million Streikende weniger als im Jahr 2008, in dem es große Warnstreiks in der Metallindustrie gab. Auch die Zahl der Ausfalltage durch Streiks war 2009 niedriger als im Vorjahr. WSI-Arbeitskampfspezialist Heiner Dribbusch rechnet mit knapp 400.000 Tagen – nach rund 540.000 Tagen 2008.* Trotz dieses Rückgangs hat sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu konfliktreichen Tarifrunden auch im Wirtschaftskrisenjahr 2009 fortgesetzt – die Zahl der Streiks blieb auf dem Niveau des Vorjahres. Das lag vor allem an etlichen Konflikten um Haustarifverträge, resümiert Dribbusch. „Diese Form von heftigen Arbeitskämpfen entsteht häufig, wenn Arbeitgeber versuchen, aus dem Tarifsystem auszusteigen“, hat der Experte beobachtet.

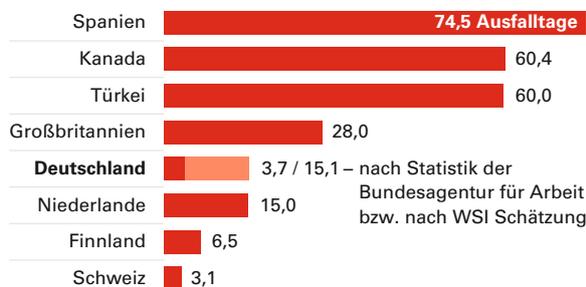
Die WSI-Schätzung bestätigt vom Trend her die offizielle Statistik der Bundesagentur für Arbeit, weicht jedoch bei den Werten erheblich nach oben ab. „Die offizielle Streikstatistik ist eine wichtige Orientierungsmarke. Aber sie leidet darunter, dass sehr viele Arbeitskämpfe nicht von den Arbeitgebern gemeldet werden. Deshalb bildet sie das Arbeitskämpfgeschehen nur lückenhaft ab“, sagt Dribbusch.

Schwerpunkt Dienstleistungsbereich. Auffallend ist nach der WSI-Analyse, dass die größten Arbeitskämpfe 2009 im Dienstleistungsbereich stattfanden, der lediglich indirekt von der Wirtschaftskrise erfasst war. Dies gilt für die Tarifaussensetzung im öffentlichen Dienst der Länder wie auch für die umfangreichen Streiks bei den Kitas und den Ausstand in der Gebäudereinigungsbranche.

Die Anzahl der Streiks wird von der amtlichen Statistik nicht erfasst. Doch sieht Dribbusch Anzeichen dafür, dass auch im Krisenjahr 2009 die Zahl der Arbeitskonflikte auf hohem Niveau blieb. Allein die Dienstleistungsgewerkschaft

Deutschland: Auch in der Krise ruhig

Durch Streiks gab es 2008 pro 1.000 Beschäftigte in...



Quelle: WSI-Tarifarchiv 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

zunehmende Zersplitterung der Tariflandschaft, Tariffucht und die Weigerung vieler Unternehmen, überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen, seien die wesentlichen Gründe für die Zunahme der Konflikte um Haustarife, erklärt der Wissenschaftler.

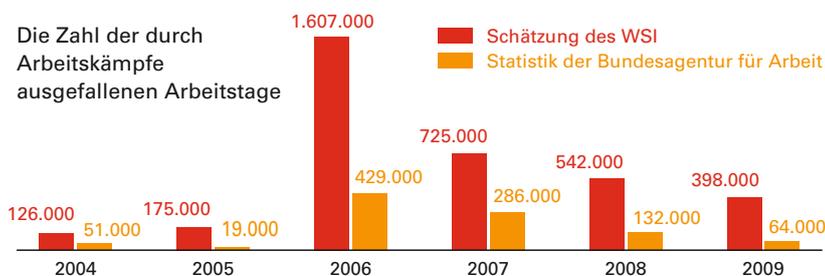
Deutschland im internationalen Vergleich weiter relativ streikarm. Ein aktueller internationaler Vergleich der Streikhäufigkeit ist nur eingeschränkt möglich, da selbst die letzten derzeit verfügbaren Vergleichsdaten aus dem Jahr 2008 nur für einige Länder vorliegen. Deutlich wird aber: Auch auf Basis der höheren WSI-Werte lag Deutschland 2008 beim relativen Streikvolumen weit hinter Ländern wie Kanada, Spanien oder der Türkei und deutlich hinter Großbritannien. Das relative Streikvolumen wird in arbeitskampfbedingten Ausfalltagen pro 1.000 Beschäftigte gemessen.

Mit 15 Ausfalltagen pro tausend Beschäftigte rangierte die Bundesrepublik nach den WSI-Zahlen auf gleichem Niveau wie die Niederlande. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass auch die offiziellen Statistiken anderer Länder teilweise große Lücken aufweisen. Legt man die offiziellen Zahlen der Bundesagentur zugrunde, lag Deutschland 2008 mit 3,7 Ausfalltagen am unteren Ende der Streikstatistik, kurz vor der Schweiz.

2010 weniger Streiks erwartet. Das Tarifjahr 2010 ist in der öffentlichen Wahrnehmung bislang geprägt durch die Tarifrunden in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. In der Metallbranche wurde nicht gestreikt, auch im öffentlichen Dienst blieben die Arbeitskämpfe begrenzt. Insgesamt ist deshalb für 2010 ein geringeres Arbeitskämpfvolumen als im abgelaufenen Jahr zu erwarten, schätzt Dribbusch. Das schließt aber nicht aus, dass es auch in diesem Jahr zum Teil zu intensiv geführten Tarifaussensetzungen in anderen Branchen kommen kann und dass wiederum zahlreiche betriebliche Arbeitskämpfe möglich sind. ◀

Viele Streiks fehlen in der offiziellen Streikstatistik

Die Zahl der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, WSI 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

ver.di musste 2009 über 163 Anträge auf Arbeitskampfmaßnahmen entscheiden. 2008 waren es 149, im Jahr 2007 lediglich 82. Der Großteil aller Arbeitskämpfe seien Konflikte um Firmen- und Haustarifverträge, bilanziert Dribbusch. Die

* Heiner Dribbusch ist Experte für Tarif- und Gewerkschaftspolitik im WSI
Download unter www.boecklerimpuls.de

Fehlanreize für Ratingagenturen

Die EU und die Bundesregierung wollen Ratingagenturen strenger kontrollieren. Den wichtigsten Punkt tasten sie dabei aber nicht an: den Anreiz, Investmentbanken und Fondsmanagern Gefälligkeitsgutachten zu erstellen.

Irreführende Ratings waren eine wichtige Ursache der Finanzkrise. Die großen Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch hatten etlichen Wertpapieren gute Qualität attestiert, die heute gemeinhin als toxisch bezeichnet werden. Und obwohl sie zahlreiche Anleger zum Kauf wertloser Papiere verleiteten, ist ihr Einfluss ungeschmälert: Noch immer entscheiden die Gutachten der drei Agenturen darüber, wie teuer es für Staaten und Unternehmen wird, wenn sie sich am Kapitalmarkt Geld besorgen.

Mehr Schutz vor trügerischen Ratings, das will die europäische Politik nun durch Regulierung gewährleisten. EU-Parlament und der Rat haben eine Verordnung zu Ratingagenturen verabschiedet, das Bundeskabinett hat im Januar den Entwurf eines Ausführungsgesetzes dazu beschlossen. Bis 2011 soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Ratingagenturen kontrollieren, danach eine europäische Wertpapieraufsichtsbehörde. Was damit erreicht werden kann, haben die Politikwissenschaftler Nicolai Dose und Oliver Buntrock für die Hans-Böckler-Stiftung untersucht.* Die Regulierungsexperten äußern sich nach ihrer steuerungstheoretisch untermauerten Analyse skeptisch: Die EU-Verordnung und das deutsche Gesetz werden die Ratings nicht verbessern. „Vor der Krise und auch nach der nun erfolgten europäischen Regulierung arbeiteten und arbeiten die Marktkräfte gegen zuverlässige Ratings“, so die Studie.

Das entscheidende Problem werde durch die Regulierung nicht beseitigt, bemängeln Dose und Buntrock: der Anreiz, Investmentbanken und Fondsmanagern gefällige Gutachten zu erstellen. Der Emittent eines Wertpapiers vergütet die Agentur für das Rating – und wer ein Wertpapier verkaufen will, der wünscht sich vor allem eine gute Einstufung, weniger eine saubere Bewertung der Risiken. Folglich haben die Agenturen einen Anreiz zu nicht immer objektiven Gutachten. Fällt aber die Einschätzung der Ratingagentur nicht korrekt aus, dann weiß der Käufer nicht, worauf er sich einlässt. Sein Informations-Defizit gegenüber dem Verkäufer bleibt bestehen. Die Regulierungsexperten empfehlen darum, das Bezahlsystem zu ändern. Die Emittenten von Wertpapieren sollten nicht mehr wählen dürfen, wer das Rating vornimmt – das sollte eine Aufsichtsbehörde festlegen. Die Kosten der Ratings können weiter vom Emittenten getragen werden.

Die auf den Weg gebrachte Regulierung sieht stattdessen vor, dass Wirtschaftsprüfer im Auftrag der Aufsichtsbehörde die laufende Arbeit der Ratingagenturen kontrollieren. Die Wissenschaftler halten das für sehr aufwändig und wenig effektiv. Außerdem gebe es nur wenige für die Aufgabe qualifizierte Wirtschaftsprüfer, darum könnten sich leicht „klientelistische Beziehungen“ zwischen Prüfern und Ratingagenturen bilden. Die europäische Verordnung und das deutsche Umsetzungsgesetz enthielten zudem etliche unbestimmte Rechtsbegriffe. So heißt es, die Abgabe eines Ratings solle nicht von Interessenkonflikten beeinflusst sein – aber es wird nicht gesagt, was konkret hierunter zu verstehen ist. Und es



Regeln für die Banken

Wichtige derzeit diskutierte Vorschläge, um erneute Finanzkrisen zu vermeiden:

- Gehälter und Boni von Bankmanagern begrenzen.
- Eine Börsenumsatzsteuer einführen.
- Ein TÜV für Finanzprodukte, um die Käufer vor wertlosen oder übermäßig riskanten Papieren zu schützen.
- Eine Regulierung von Ratingagenturen mit dem Ziel, aussagekräftigere Gutachten zu bekommen.
- Eine höhere Eigenkapital-Unterlegung von Krediten, damit Banken weniger riskante Kredite vergeben.
- Ein Verbot von außerhalb der Börse getätigten Geschäften, dem Over-The-Counter-Handel.
- Eine bessere Kontrolle des Risikomanagements der Banken.
- Eine grundsätzliche Trennung von Investment- und Kreditbanken.

Quelle: Dose/Buntrock 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

gibt kaum Abschreckung: Die im Gesetz vorgesehenen Sanktionen seien angesichts der enormen Gewinnmargen der Agenturen viel zu gering. Bei Regelverstößen drohen den Firmen lediglich Bußgelder. Einen echten Effekt hätten dagegen individuelle Sanktionen, beispielsweise als Straftatbestand mit bis zu drei Jahren Gefängnis.

Die EU-Verordnung und das deutsche Ausführungsgesetz basieren auf der Einschätzung der EU-Kommission, der oligopolistische Markt sei das Problem. Dieser Eindruck liegt nahe, da sich nur drei Agenturen fast den gesamten Weltmarkt teilen. Doch Nicolai Dose, Politik-Professor in Siegen, und Oliver Buntrock argumentieren anders: Gerade der Wettbewerb zwischen den Agenturen habe zu den Fehlurteilen geführt, weil es sich dabei nicht um den gewünschten „Wettbewerb um zuverlässige Informationen, sondern um eine möglichst wohlwollende Bewertung“ gehandelt habe.

Daran werde sich wenig ändern. Das vorliegende Regelwerk sei derart „zahnlos, so dass es aus Sicht der Betroffenen gar nicht notwendig war, massiven Widerstand vorzubringen“, schreiben Buntrock und Dose. Dem „ungeheuren Aufwand, die Folgen der Finanzkrise aufzufangen“, stehe weiter nur wenig Entschlossenheit gegenüber, wirksame Maßnahmen zur Krisenprävention zu schaffen. ◀

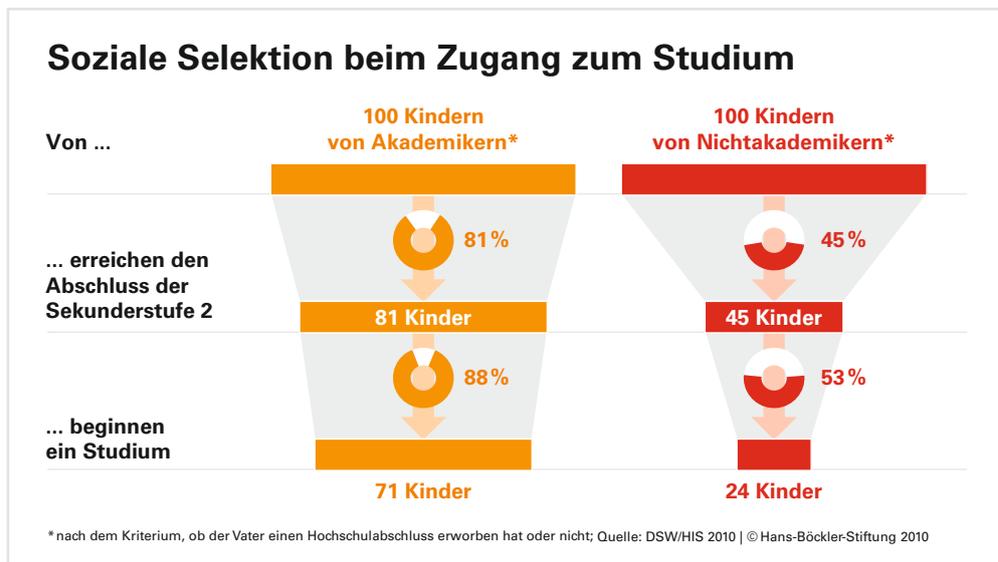
* Quelle: Nicolai Dose, Oliver Buntrock: Politische Steuerung der Finanzkrise. Das Beispiel der europäischen Regulierung von Ratingagenturen, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, März 2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

Arbeiterkinder an der Uni: Hürdenlauf zum Akademiker

Arbeiterkinder bringen im Studium ebenso gute Leistungen wie ihre Kommilitonen. Dabei haben sie es aber deutlich schwerer. Sie bekommen weniger Unterstützung von Zuhause, müssen häufiger Geld verdienen und werden auch von den Professoren seltener gefördert.

Wer aus einer Arbeiterfamilie kommt, schafft es seltener an eine Uni. Selbst nach der Einschreibung ist der Hürdenlauf noch nicht beendet. Das macht eine Studie der Konstanzer Hochschulforscher Holger und Tino Bargel für die Hans-Böckler-Stiftung deutlich. * Die Hindernisse für Arbeiterkinder an den Hochschulen müssen „als groß und folgenreich für das Studium eingeschätzt werden“, schreiben die Wissenschaftler. Ihre Auswertung des Forschungsstandes zur Chancengleichheit zeigt: Ein niedriger ökonomischer Status der Eltern ist an Universitäten und Fachhochschulen ein erheblicher Nachteil; ebenso schwer wirkt sich nur noch eine körperliche Behinderung aus. Mit dem Bologna-Prozess und der zunehmenden Internationalisierung dürfte sich die Benachteiligung nochmals verschärfen. Darum mahnen die Autoren mehr Anstrengungen für Chancengleichheit an.

Unsichere Entscheidung. Die Nachteile für Arbeiterkinder beginnen den Forschern zufolge schon, ehe die jungen Leute erstmals einen Hörsaal betreten. Das Studium ist für sie keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Wagnis; ihre Eltern nehmen es als Schritt in eine fremde Welt wahr. Folglich leitet das Sicherheitsmotiv viele Entscheidungen von Bildungsaufsteigern. Tendenzuell bevorzugen sie „kürzere, strukturiertere und anwendungsbezogene Studiengänge, die über ein praktisches, zugängliches Berufsbild verfügen“, so die Studie. Einen großen Einfluss auf ihren Bildungsweg könnten die Auswahlverfahren bekommen, die etliche Hochschulen derzeit einführen. Arbeiterkinder schneiden dabei regelmäßig schlechter ab, denn sie verfügen über weniger Selbstsicherheit und sind im Sich-



Selbst-Präsentieren nicht so geübt. Das dürfte die soziale Selektion nochmals erhöhen, warnen die Experten. Die Motivation für das Studium, ob jemand mehr Geld verdienen oder sich in erster Linie bilden will, unterscheiden sich nicht nach der sozialen Herkunft.

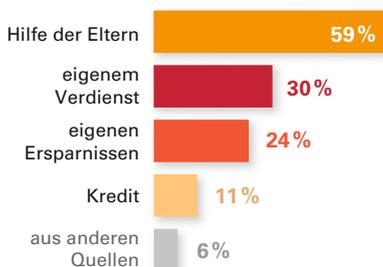
Prekäre Finanzen. Haben Vater oder Mutter ebenfalls eine Hochschule besucht, dann gehen die Kinder mit einer „beachtlich besseren Grundlage“ ins Studium, so Holger Bargel und Tino Bargel. Zwei Drittel aus dieser Gruppe können sich ganz auf das Geld der Eltern verlassen. Unter den Kindern ungelerner Arbeiter sind gerade mal 15 Prozent in dieser Situation, vom Nachwuchs der Handwerksmeister 20 Prozent. Hinzu kommt: Die Hilfe der Eltern lässt oft im Laufe des Studiums nach, darum tauchen Geldprobleme verstärkt in der Spätphase der Ausbildung auf.

Das BAföG trägt dem Finanzbedarf nicht Rechnung. Heute können weniger Studierende ihre Ausbildung hauptsächlich durch das BAföG finanzieren als noch 1993. Etwa jedes zweite Arbeiterkind an Uni oder Fachhochschulen bekommt BAföG; 1993 waren es 63 Prozent. Die Forscher sprechen von „einem eindeutigen Rückschritt im Bemühen um soziale Chancengleichheit“. Der Staat hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten stark zulasten der Aufstiegschancen durch Bildung gespart. Dabei könne eine richtig ausgestattete Ausbildungsförderung im Prinzip „außerordentlich bedeutsam für das Studium von Bildungsaufsteigern und insbesondere von Arbeiterkindern“ sein.

Studieren und zusätzlich arbeiten. Zwei von drei Kindern kleiner Angestellter, Facharbeiter und Meister müssen zusätzlich zum Studium Geld verdienen. Vom Nachwuchs höherer Beamter oder akademischer Freiberufler ist nur jeder Dritte darauf angewiesen. Wer sich selbst finanzieren muss,

Viele jobben für die Gebühren

Ihre Studiengebühren bezahlten Studierende 2009 mit...



* im Erststudium in Ländern mit Studiengebühren, Mehrfachnennungen; Quelle: Deutsches Studentenwerk/HIS 2010
© Hans-Böckler-Stiftung 2010

verbringt zwei komplette Tage pro Woche mit Arbeiten. Für diese Studierenden verursacht das Bachelor-Programm mit seinem engen Stundenplan und regelmäßigen Tests erhebliche Probleme. Die Forscher warnen vor einer neuen sozialen Schiefelage: Man schafft eine Situation, in der junge Leute arbeiten müssen, lässt ihnen aber nicht die Zeit dazu. Die Behauptung, die Studierenden arbeiteten nur für Luxusgüter, übersieht die Unterschiede in den Lebenslagen. Auf manche angehenden Akademiker mag der Vorwurf zutreffen, er diskriminiert aber viele Arbeiterkinder.

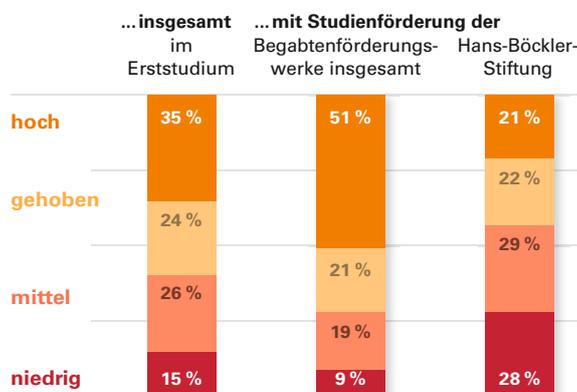
Gleiche Leistungen, ungleiche Chancen. Trotz zahlreicher Nachteile: Die Noten von Arbeiterkindern sind nicht schlechter als die ihrer Kommilitonen. Sie brechen das Studium auch nicht häufiger ab. Allerdings erweist sich der Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium für sie zunehmend als Problem. Viele Unis sehen inzwischen an dieser Stelle ein erneutes Auswahlverfahren vor. Die Kandidaten müssen sich wieder bewerben und präsentieren, das fällt Arbeiterkindern auch an der Stelle nicht leicht. Es spreche viel dafür, so die Studie, „dass beim Übergang in ein Masterstudium eine erhebliche soziale Schiefelage eintreten wird“. Die Wissenschaftler raten, gerade hier auf Chancengleichheit zu achten. Und auch beim Auslandssemester hängen die Chancen von der Herkunft ab: „Für Akademikerkinder ist ein Auslandsaufenthalt zum Spracherwerb oder zum Studieren nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden“, für Arbeiterkinder gelte das nicht. Die Experten schlagen deshalb eine bedarfsabhängige Förderung für den internationalen Austausch vor.

Anonym und kaum unterstützt. Die Anforderungen an der Uni belasten jeden vierten Studierenden, egal aus welcher Familie. Bei anderen subjektiven Einschätzungen und Problemen im Studium spielt der gesellschaftliche Hintergrund dagegen eine Rolle: Die Anonymität an der Hochschule macht dem Nachwuchs aus Arbeiterfamilien doppelt so stark zu schaffen wie anderen. 20 Prozent der Arbeiterkinder fällt es schwer, sich fachlich im Studium zurechtzufinden – unter den Kommilitonen aus einer Akademikerfamilie sind es nur 11 Prozent. Der Untersuchung zufolge hemmt ihre ge-

ten aus der Arbeiterschaft erwägen nur halb so oft eine Doktorarbeit wie ihre Kommilitonen, und das liegt auch an mangelnder Förderung durch die Professoren.

Geförderte Akademikerkinder

Die soziale Herkunft von Studierenden ...



Quelle: Hochschul-Informations-System 2009/2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

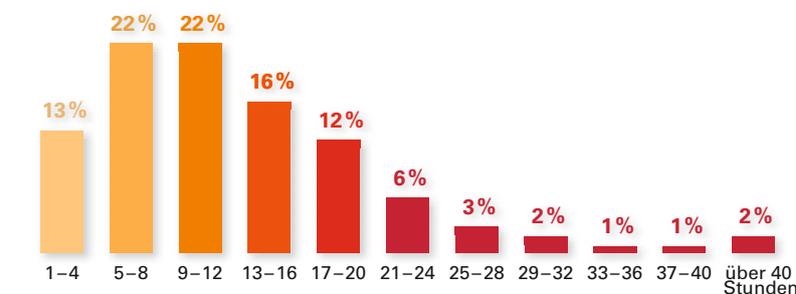
Förderung ohne Bedarf, Bedarf ohne Förderung. Studierende aus bildungsfernen Familien benötigen besondere Unterstützung, finanziell wie ideell. Paradoxerweise werden jedoch gerade sie seltener gefördert als andere. Das von der Bundesregierung geplante bundesweite Stipendienprogramm soll nicht nach Bedarf vergeben werden, sondern nach Noten. Und auch die bereits existierende Begabtenförderung nimmt sich nicht vorrangig der Bedürftigen an: 71 Prozent der Geförderten stammen aus Akademikerfamilien. Das werde in der Öffentlichkeit oft damit begründet, dass Arbeiterkinder schlechtere Leistungen bringen, so die Studie. Dabei stellen die Konstanzer Experten klar: Es gibt keinen wissenschaftlichen Befund, der diese These stützt.

Der Übergang in den Beruf. Bis zum Schluss der Ausbildung macht sich die soziale Herkunft bemerkbar, schreiben Holger und Tino Bargel. Arbeiterkinder leiden stärker unter unsicheren Berufsaussichten, weil sie auf „weniger Unterstützung aus ihrem sozialen Milieu beim Übergang auf den Arbeitsmarkt“ zählen können. Für sie hat die Berufsperspektive im Studium eine wichtige Ankerfunktion. Die Unsicherheit bremst die Studienmotivation und erschwert die Identifikation. Darum sind Hilfen der Hochschulen beim Übergang in den Beruf nötig. Angesichts der vielfältigen Probleme halten die Autoren mehr Anstrengungen für Chancengleichheit an den Hochschulen für nötig. Sie regen analog zum

Gender-Mainstreaming ein Social-Mainstreaming an den Unis und Fachhochschulen an. ◀

Der Nebenjob kostet Studierende viel freie Zeit

In der Woche arbeiteten von den erwerbstätigen Studierenden 2009...



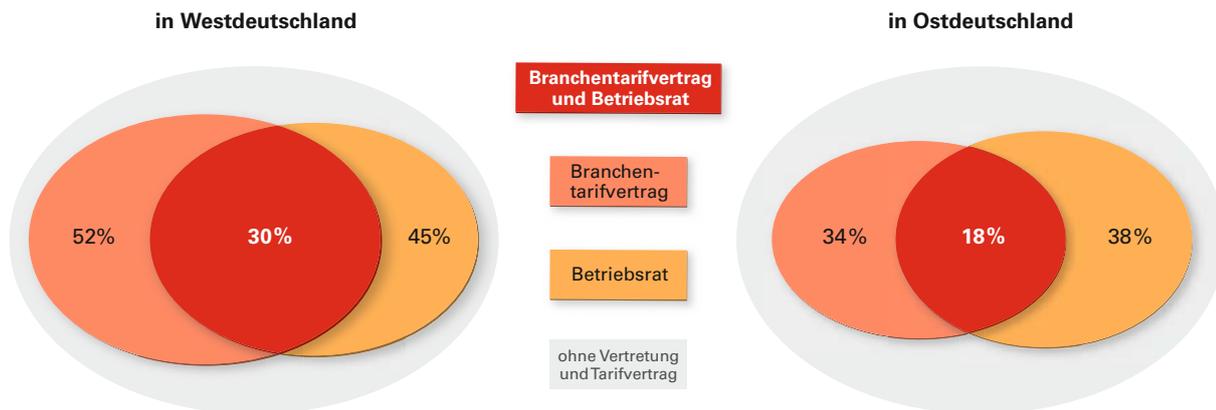
Quelle: Deutsches Studentenwerk/HIS 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

gesellschaftliche Unsicherheit Arbeiterkinder im Universitätsmilieu. Sie tun sich schwerer, bei Diskussionen das Wort zu ergreifen und auf sich aufmerksam zu machen. Darum fällt ihre Leistungsfähigkeit seltener auf, sie kommen nicht so oft in die Auswahl für eine Tutoren- oder Hilfskraftstelle. Selbst für eine etwaige Promotion spielt das eine Rolle: Absolven-

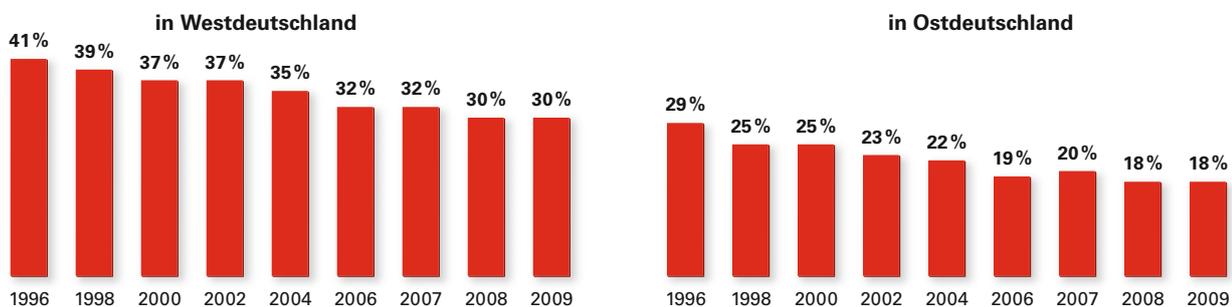
* Quelle: Tino Bargel, Holger Bargel: Ungleichheiten und Benachteiligungen im Hochschulstudium aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden, Arbeitspapier 202, Demokratische und Soziale Hochschule, Düsseldorf, 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Tarifvertrag und Betriebsrat – Vertretung auf zwei Ebenen

Unter den Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten 2009 mit...



Von den Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben arbeiteten mit Branchentarifvertrag und Betriebsrat...



So viele Beschäftigte werden durch einen Personal- oder Betriebsrat vertreten ...

	in so vielen Betrieben	in so vielen Beschäftigten
im öffentlichen Dienst	63%	88%
in der Privatwirtschaft	10%	44%
Abfall, Wasserversorgung, Energie, Bergbau	38%	78%
Finanz- und Versicherungs-Dienstleistungen	38%	78%
Verarbeitendes Gewerbe	15%	66%
Verkehr, Lagerei	17%	53%
Gesundheit, Erziehung und Unterricht	11%	44%
Informatik, Kommunikation	13%	42%
Handel	10%	32%
Baugewerbe	4%	20%
Gastgewerbe und sonstige Dienstleistungen	3%	14%

Betriebsratsgremien vertreten so viele der Beschäftigten in...

in Westdeutschland in Ostdeutschland



So viele privatwirtschaftliche Betriebe haben einen Betriebsrat in...

in Westdeutschland in Ostdeutschland



Privatwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten; Quelle: IAB-Betriebspanel 1996–2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Die Reichweite von Branchentarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung hat in den vergangenen 15 Jahren tendenziell abgenommen. 2009 schrumpfte die so genannte Kernzone des dualen Systems der Interessenvertretung jedoch nicht weiter: Wie im Vorjahr erhielten in Westdeutschland 30 und in Ostdeutschland 18 Prozent der Beschäftigten eine Vergütung

nach Branchentarif und hatten zudem einen Betriebsrat als Interessenvertretung. Das ergibt sich aus der jüngsten Befragungswelle des IAB-Betriebspanels. Die Zahlen beruhen auf Angaben von über 15.000 Betrieben und sind repräsentativ für die deutsche Wirtschaft. Von einem Betriebsrat vertreten wurden im vergangenen Jahr 45 Prozent

der Beschäftigten in den betriebsratsfähigen Betrieben Westdeutschlands und 38 Prozent im Osten. Nur ein relativ kleiner Teil der Arbeitnehmerschaft ist in Kleinbetrieben mit weniger als fünf Mitarbeitern angestellt, für die das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt: 7 Prozent im Westen und 10 Prozent im Osten.

Quelle: IAB, 2010

Download unter www.boecklerimpuls.de

Sparzwang im Ausland gefährdet Export

Als Folge der Wirtschaftskrise müssen viele Staaten und auch deren Bürger sparen. Dem deutschen Exportmodell kommt damit zusehends die Geschäftsgrundlage abhanden.

Die Welt lebt sparsamer als vor drei Jahren – für die privaten Verbraucher in 25 wichtigen Industriestaaten gilt das jedenfalls. Das zeigen Daten der OECD, die der Würzburger Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger für das jüngste IMK-Konjunkturforum aufbereitet hat.* In 15 dieser Länder gaben die Konsumenten 2007 unter dem Strich mehr aus, als sie verdienten. Die USA, Italien, Spanien und Kanada gehörten zu dieser Gruppe. 2010 trifft das nur noch für vier Staaten zu: Australien, Griechenland, Portugal und Neuseeland. Aber auch dort haben die Verbraucher ihren Konsum auf Pump deutlich zurückgefahren. In den anderen elf Staaten sind aus Schuldnern Sparer geworden. Und in jenen Ländern, in denen die Menschen bereits vor Ausbruch der Krise Geld zurücklegten, hat sich der Trend noch einmal verstärkt. Der private Sektor in den Niederlanden, der Schweiz, Japan und Schweden spart inzwischen mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Deutschland etwas weniger.

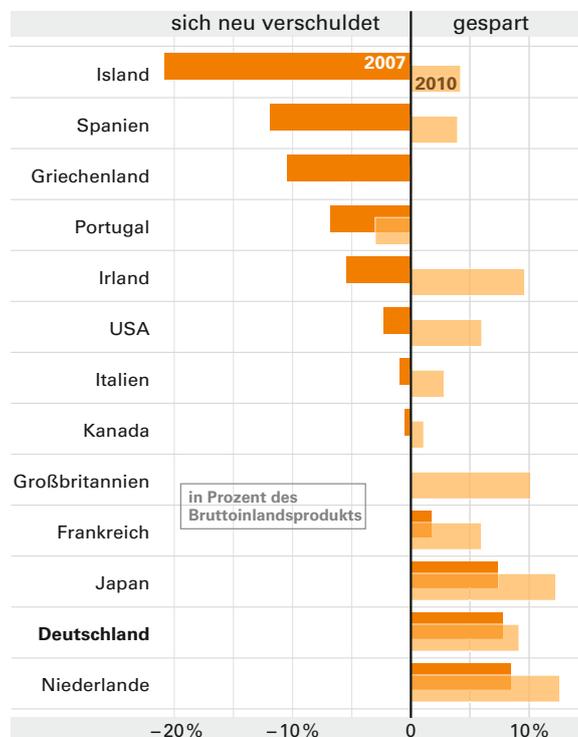
Diese Entwicklung dürfte die deutsche Wirtschaft vor erhebliche Probleme stellen, prognostiziert der Wirtschaftsweiser Bofinger. Denn die Leistungsbilanzüberschüsse des vergangenen Jahrzehnts fußten auch auf den starken weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten: „Jeder Überschuss bei uns braucht das dazugehörige Defizit im Ausland“, sagt Bofinger. Nur durch die Bereitschaft anderer Länder, sich zu verschulden, habe Deutschland immer größere Ausfuhrüberschüsse erzielen können. Eine Konstellation, die langfristig nicht anhalten könne, betont der Ökonom.

Wenn die Regierungen sparen, könnte die Konjunktur wieder einbrechen. Zurzeit gleichen noch die Konjunkturprogramme zahlreicher Länder den Nachfrageverlust bei den privaten Haushalten aus, zeigt Bofinger. Davon profitieren auch die deutschen Exporteure. Doch die Bemühungen der Staaten, die Weltwirtschaft zu stabilisieren, haben ihnen enorme Budgetdefizite eingetragen. In den USA dürfte es in diesem Jahr bei knapp elf Prozent liegen, in Großbritannien sogar noch höher. Wenn demnächst auch die Regierungen mit dem Sparen anfangen, wird die Nachfragerückgang noch größer, warnt der Wirtschaftsprofessor. Hoffnungen, dass China die Vereinigten Staaten kurzfristig als globale Konjunkturlokomotive ablösen könnte, hält Bofinger für illusorisch. So machte der private Verbrauch der 1,3 Milliarden Chinesen 2007 weit weniger als ein Fünftel des privaten US-Konsums aus. Zudem basiere auch das chinesische Wirtschaftsmodell auf einer starken Exportausrichtung: „Die sind doch wie wir, die wollen vor allem ihre Produkte verkaufen“, sagt Bofinger.

Deutsche Sparer haben auf vermeintlich unrentable Inlandsinvestitionen verzichtet – und toxische Wertpapiere gekauft. Das deutsche Exportmodell des vergangenen Jahrzehnts steht aus Sicht des Wirtschaftsweisen zunehmend in Frage – und das nicht nur wegen der abzusehenden Nachfrageschwäche des Auslands. Die Krise offenbare noch ein anderes Problem: Die deutschen Sparer – Unternehmen wie ver-

Private setzen heute auf Sparen

So stark haben Konsumenten und Privatwirtschaft...



Quelle: OECD, Berechnungen Bofinger 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

mögende Privatleute – hätten ihre Gewinne durchaus nicht immer gewinnbringend angelegt. Bofinger skizziert die Fehlentwicklung so: Investitionen im Inland erschienen bei schwacher Lohnentwicklung und lahmendem Konsum nicht attraktiv. So sank die Quote der Nettoinvestitionen im vergangenen Jahrzehnt auf 3,4 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung – in den 1990er-Jahren war sie noch mehr als doppelt so hoch. Dagegen ging viel Geld in Finanzanlagen im Ausland, die hohe Renditen versprochen. „Ein guter Teil unserer mühsam erzielten Überschüsse ist so in ausländische Staatsanleihen oder in toxische Wertpapiere geflossen“, erklärt Bofinger.

Ein Strategiewechsel ist nach Analyse des Ökonomen überfällig. Investitionen in Deutschland müssten wieder attraktiver werden als Finanzanlagen im Ausland. „Wir haben mehr davon, wenn wir hier bei uns investieren: in innovative Produktion, in Infrastruktur, in Top-Bildung.“ Eine wichtige Voraussetzung dafür sei eine ausgeglichene Einkommensverteilung als in den vergangenen Jahren, damit der Konsum stärkere Impulse erhalte. Außerdem solle der Staat selbst geschaffene Investitionshürden wieder abbauen. Dazu zählt Bofinger beispielsweise die Abgeltungssteuer, weil sie Zins-einnahmen privilegiere. Auch die Schuldenbremse sieht der Wirtschaftsweiser kritisch: „Faktisch verbietet sie dem deutschen Staat, in Deutschland zu investieren.“ ◀

* Quelle: Peter Bofinger: Ist nach der Krise vor der Krise? Vortrag auf dem IMK Konjunkturforum am 2. März
Download unter www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
 Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Betriebe nehmen wenig Nachwuchs auf

2009 wurden so viele Ausbildungsverträge abgeschlossen

Westdeutschland	463.500 - 6,4 %*
Ost-Deutschland	97.800 - 13 %

* im Vergleich zu 2008
Statistisches Bundesamt, April 2010

BILDUNG

Lehr-Erlaubnis im Schnellverfahren

Von allen neu eingestellten Lehrern waren Seiteneinsteiger*

2009	5,9 %
2008	2,6 %
2007	2,3 %
2006	2,8 %
2005	3,1 %

*Lehrkräfte ohne Staatsexamen
Kultusministerkonferenz, Februar 2010

GENDER

Kaum Chefinnen in Großbetrieben

Der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene lag 2008 bei ...

10 bis 49	21 %
100 bis 199	16 %
500 und mehr	9 %

Mitarbeiter im Betrieb
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, April 2010

GESUNDHEIT

Wachsende Ausgaben

Pro Kopf betragen die Gesundheitsausgaben in Deutschland ...

2007	3.080 €
2008	3.210 €

Statistisches Bundesamt 2009

EINKOMMEN

Altersarmut droht vor allem im Osten

65- bis 70-Jährige mit einem Einkommen unter der Armutrisikogrenze*

2007	12,8 %
2023	17,2 %

2007	13,6 %
2023	16,1 %

* 60 Prozent des Medianeinkommens;
Institut für Wirtschaftsforschung Halle, April 2010

ARBEITSWELT

Berufskrankheit häufiger anerkannt

Bestätigte Verdachtsfälle auf Berufskrankheit

2008	23.028
2009	26.266

+ 14,1 %

Tausend
Dt. Gesetzliche Unfallversicherung, 2010

MITBESTIMMUNG

Mehr Geld mit Betriebsrat

Entgeltplus in Unternehmen mit Betriebsrat

Unterste Verdienstgruppe	+ 14 %
Höhere Verdienstgruppe	+ 8,6 %

Universität Trier 2009

ZUFRIEDENHEIT

Gute Noten für Gesundheitsversorgung

Unser Gesundheitssystem ist insgesamt gut, sagen in ...

Belgien	97 %
Deutschland	86 %
Griechenland	25 %
EU-27	70 %

Eurostat, April 2010

► **ARBEITSMARKT:** Fast 40 Prozent der Azubis haben auch sechs Jahre nach dem erfolgreichen Ausbildungsabschluss keinen sicheren Job. Gut jeder Vierte steht nur in einem prekären Beschäftigungsverhältnis. Knapp 13 Prozent sind sogar arbeitslos, wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) berichtet. Als prekär definiert das BIBB sowohl befristete Arbeitsverhältnisse als

auch eine Beschäftigung, in der das Einkommen weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens des Absolventenjahrgangs erreicht. BIBB, April 2010

► **EINKOMMEN:** 2009 sind die Tariflöhne in der Eurozone im Schnitt um 2,6 Prozent gestiegen. Trotz seiner Wettbewerbsstärke lag Deutschland nur im europäischen Mittelfeld, nicht an der Spitze. Dies

meldet das WSI-Tarifarchiv. Die aktuelle Wirtschaftskrise hängt laut WSI auch mit den Verschiebungen im europäischen Lohngefüge zusammen: Infolge der geringen deutschen Lohnzuwächse verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Exportindustrie, während sich die Position wichtiger europäischer Handelspartner verschlechterte: in den Nieder-

landen beispielsweise um 8,7 Prozent, in Spanien um 11,9 und in Griechenland um 12,4 Prozent. Wollten sie bei der Wettbewerbsfähigkeit mit Deutschland gleichziehen, müssten einige Länder ihre Löhne theoretisch auf einen Schlag um mehr als 20 Prozent kürzen, so das Institut. Das WSI warnt vor einem drohenden Lohnsenkungswettbewerb. WSI, April 2010